

Die Wiener Woche.

Daß die Syndikalistinnen und Magimalisten Wiens die Stadt drei Tage terrorisierten und keine Zeitung außer der sozialdemokratischen erscheinen ließen, war schlimm genug. Daß sie aber auch die reichsdeutsche öffentliche Meinung vollkommen beherrschten, ist der ungeheuerlichen Unzulänglichkeit des amtlichen Nachrichtenapparats, welcher der linksliberal-sozialdemokratischen Darstellung keine einzige andere gegenüberstellen konnte, zuzuschreiben. Da nur die sozialdemokratische Presse erschien, kamen die linksliberalen Blätter, die sich restlos in deren Dienst stellten, herrlich auf ihre Rechnung. Für das Fehlen der anderen Darstellungen hätte der amtliche Apparat auskommen sollen, der rein objektiv hätte feststellen können: Wien besteht nicht nur aus Sozialdemokraten, sondern auch aus andersgesinnten Kreisen, die zwar in ihrer Meinungsäußerung gehemmt waren, aber deshalb doch nicht totzuschweigen sind. So las man in der ganzen reichsdeutschen Presse nichts von der folgenden Darstellung, die dieses „unbekannte“, andere, in der Wiener „großen“ Presse nicht hervortretende Wien hervorgehoben und betont hätten; sie hätten die Wirkung auf das feindliche Ausland besser abgeschwächt, als alle Nachrichtensperren. Zu unseren schlechtesten amtlichen Leistungen gehört offenbar der Nachrichtendienst aus Oesterreich-Ungarn. In einer christlichsozialen Parteikundgebung, die vom Vorstand der Wiener christlichsozialen Partei schon am 19. Januar beschlossen wurde, heißt es:

Die mangelnde Voraussicht und die geringe Laskraft der Regierung hat zu schweren Störungen des Ernährungsdienstes und zur Kürzung der Mehlquote geführt. Durch das Hinzutreten staatsfeindlicher Elemente löste dieser Noistand eine Bewegung aus, die über das Ernährungselend der Bevölkerung zu politischen Forderungen überging. Die christlichsoziale Partei hofft und erwartet, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk zu einem baldigen und

bauernden Verständigungstrieben mit Rußland führen. Sie ist von der aufrichtigen Friedensliebe des Grafen Czernin überzeugt und hegt volles Vertrauen, daß der Minister des Aeußern alles mit den staatlichen Interessen Vereinbarliche vornehmen wird, um zum Frieden zu gelangen. Die christlichsoziale Partei hält es aber für schädlich, wenn im jetzigen Augenblicke, wo die Geschlossenheit der Monarchie allein unsere Vertreter zu einem kraftvollen Auftreten befähigen kann, durch politische Auslandsbewegungen deren Stellung geschwächt wird. Die einmal in Fluß geratene Bewegung ist in ihrem weiteren Verlaufe zu einseitigen parteipolitischen Zwecken ausgenützt worden. Die Verhandlungen mit der Regierung wurden einseitig von einer Partei geführt, die gesamte nichtsozialdemokratische Wiener Presse mundtot gemacht, die Informierung der öffentlichen Meinung für eine politische Partei monopolisiert. Dieser Entwicklung der Ereignisse hat die Regierung mit vrschränkten Armen zugesehen, sie sogar aktiv unterstützt. Die christlichsoziale Partei legt gegen diese terroristische Bergewaltigung der Mehrheit der Wiener Bevölkerung die schärfste und nachdrücklichste Verwahrung ein. Die Regierung hat zu unserem lebhaften Bedauern nichts getan, um die innerstaatliche Ordnung wenigstens vorzubereiten und durch vollstündlichere Formen neue Wege des politischen Lebens zu erschließen. Sie darf aber auf keinen Fall die Regierung einer Partei, sondern muß pflichtgemäß die Regierung der Gesamtbevölkerung sein.

Vizekanzler v. Payer. Im Reichstage verlautete heute, daß der Vizekanzler Herr v. Payer befreundete Abgeordnete benachrichtigt habe, daß er am Mittwoch nach Berlin zu kommen gedenke, um seine Amtsgeschäfte zu übernehmen.